

VERTRAULICH

Brief der Schweizerischen Botschaft in Bonn vom 27. Februar 1969

Zusammenarbeit mit ausländischen Stellen auf dem Gebiet der
Ultrazentrifugen für die Anreicherung von Uran

Ich beziehe mich auf die mir vom Beauftragten für internationale Industriefragen zugestellte Kopie seines an Herrn Professor Urs Hochstraser, Delegierter für Fragen der Atomenergie, gerichteten Schreibens vom 21. Februar 1969 in obiger Angelegenheit.

Anlässlich einer Vorsprache beim Kabinettschef des bundesdeutschen Aussenministers habe ich in Erfahrung gebracht, dass es sich beim System der Ultra-Gaszentrifuge um ein deutsches Patent handelt, das in den Laboratorien der Degussa entwickelt und von der Bundesrepublik im Jahre 1955 als Mitgift in die NATO eingebracht und im Fort Knox deponiert wurde. Wie mein Gesprächspartner weiter ausführte, ist in der Zwischenzeit die Forschung namentlich in England und auch in Holland derart vorangetrieben worden, dass diese beiden Länder, was die in Rede stehende Gaszentrifuge anbelangt - den gleichen Stand wie die Bundesrepublik erreicht haben.

Im vergangenen Jahr nun habe der britische Aussenminister Stewart dem deutschen Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, den Vorschlag unterbreitet, gemeinsam mit Holland zur Verwirklichung des Projekts zu schreiten; dies aus dem einfachen Grund - so meinen anscheinend die Deutschen - weil es für die Engländer allein zu kostspielig gewesen wäre. In der Folge sei es zu einem Vertrag zwischen England, Holland und der Bundesrepublik gekommen. Frankreich habe man stets informiert.

Die französische Anlage in Pierrelatte, so wurde mir weiter erklärt, habe Milliarden verschlungen, weshalb es den Franzosen schwerfalle, von ihrem System abzugehen. Sie hätten sich daher auch von Anfang an gegen die Realisierung des britisch-holländisch-deutschen Gemeinschaftswerks gestellt, das im Vergleich zur französischen Anlage ganz wesentlich billiger in der Herstellung und ergiebiger in der Leistung zu sein verspreche. Heute erscheine die Opposition der Franzosen etwas entschärft, und es sei nicht zum vorneherein auszu-

schliessen, dass sie am Ende auch noch mitmachen. Der Vertrag stehe jedenfalls anderen Nationen offen, soweit sie ein demokratisches Regime haben und technisch genügend auf der Höhe sind. Man nimmt im Aussenministerium an, dass sich unter Umständen auch die Italiener beteiligen werden.

Ich bin mir bewusst, dass diese ersten, aus zuverlässiger Quelle stammenden Angaben nicht genügen werden, um Ihnen ein klares Bild über mögliche politische Implikationen des Unternehmens zu verschaffen. Es wird aber naturgemäss nicht leicht sein, ergänzende Angaben zu erhalten, ohne dabei ein spezifisches Interesse zu manifestieren. Ich werde es daher ohne gegenteilige Instruktionen Ihrerseits vorderhand unterlassen, weitere Sondierungen anzustellen. Ich darf es Ihnen anheimgeben, den Delegierten für internationale Industriefragen direkt zu verständigen.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAEFTSTRAEGER a.i.